

abends

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, H. 16, Goldschmidtstraße 46

Abgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage...

Abgabe B mit illustrierter Unterhaltungsbeilage...

Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen. Organ der Zentrumspariei.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage...

Parole am 19. Januar: Wählt Zentrum!

In den Wahlkreisen Dresden und Leipzig beginnen die Zentrumslisten mit dem Namen Burlage, im Wahlkreise Chemnitz mit dem Namen Nothe.

Warum wir uns der Christlichen Volkspartei (Zentrum) anschließen.

Wir unterzeichneten evangelischen Männer und Frauen legen hiermit vor unseren Glaubensgenossen...

1. Wir erstreben eine Politik, die im tiefsten und vollsten Sinne des Wortes demokratisch gerichtet ist...

2. Den Geist und Willen für solche Politik entnehmen wir als evangelische Männer und Frauen unserem christlichen Glauben...

3. Wie wir es ablehnen unsere Stimme solchen Parteien zu geben, die reaktionär gerichtet sind...

4. Wir finden, daß das alte Zentrum in den letzten Jahrzehnten vom katholischen Standpunkt aus ein solches politisches Ideal in hohem Maße verwirklicht hat...

5. Nachdem nun aber das alte Zentrum als Christliche Volkspartei auf den Plan getreten ist...

6. Es versteht sich zudem ganz von selbst, daß die von einer Konfession erstrebte und erkämpfte Bewegungsfreiheit auch der anderen zugute kommen muß...

7. Wir begrüßen dieses gemeinsame Zusammenstehen der beiden großen christlichen Konfessionen...

8. Wir denken so wenig daran, die Katholiken zu uns herüberzuziehen, als diese daran denken, unter den Evangelischen Propaganda zu machen...

9. Wir Evangelische in Deutschland sind politisch heimatlos. Wir hängen uns an alle politischen Parteien bis zu dem „Unabhängigen“...

wir keine Partei bilden. Am verhängnisvollsten aber wird unsere Lage, wenn bestimmte Parteien mit einseitigen reaktionären, alldeutschen, feudalen Bestrebungen unsere evangelische Kirche mit Beschlag belegen.

Allein gestützt auf die Christliche Volkspartei winkt uns Evangelischen Bewegungsfreiheit nach rechts und nach links, nach oben und nach unten, und je mehr Evangelische sich uns anschließen, um so gefestigter wird unsere Stellung innerhalb dieser christlichen Volkspartei.

Darum, evangelische Männer und Frauen, schließt euch uns an!

Berlin, den 7. Januar 1919. Johannes Haeder, Pfarrer an der Lutherkirche zu Berlin. D. Karl Dunkmann, ordentlicher Professor der evangelischen Theologie zu Greifswald...

Deutsches Reich

Die Polen machen mobil.

Danzig, 17. Januar. Der letzte über Bromberg gekommene Drahtbericht aus Polen meldet den Beginn der polnischen Volksbewaffnung für alle Männer von 18 bis 42 Jahren...

Deutsch-polnische Mänkeleien.

Thorn, 17. Januar. Amtlich wird gemeldet: Am 15. dieses Monats wurde eine deutsche Feldwache bei Ostkotschin von polnischen regulären Truppen überfallen...

Bromberg, 17. Januar. Amtlich wird gemeldet: Eigene Artillerie beschloß das Forthaus nördlich Schlenke 6. Südlich hiervon Patrouillenkämpfe. Ein Erkundungsvorstoß der Bromberg Matrosenabteilung fand Tannenhausen und Antonsdorf vom Gegner frei...

Posen, 17. Januar. Im Laufe des gestrigen Tages haben sich polnische Unterhändler nach Wissa begeben. Dort finden beste mit deutschen Regierungsvertretern Unterhandlungen statt, die darauf hinzielen, einen allgemeinen deutsch-polnischen Waffenstillstand zuwege zu bringen.

Die Gefährdung Schlesiens.

Breslau, 17. Januar. Am Breslauer Rathaus fand gestern eine Konferenz der Behörden, der Presse, der Arbeitgeber und Arbeiterführer statt, in der der Chef des Stabes des 6. aktiven Armeekorps nachdrücklich auf die schwere Gefährdung Schlesiens hinwies. Die Tischeben haben eine kriegserprobte schlagfertige Armee von 500 000 Mann mit reichlichen Geschützen und bedrohen von Braunan aus die Grafschaft Glatz...

Hindenburg Oberkommandierender für den Osten.

Berlin, 17. Januar. Wie von dort mitgeteilt wird, wird Generalfeldmarsch v. Hindenburg das Oberkommando über die deutschen Truppen im Osten übernehmen.

Es werden zwei Armeedivisionen gebildet, von denen die eine gegen die Polen, die andere gegen die Bolschewisten vorgeht.

Oberpräsident von Patocki einfacher Soldat.

Königsberg, 16. Januar. Oberpräsident von Patocki erläßt einen Aufruf zum freiwilligen Eintritt in die ostpreussische Volkswehr, in dessen Schluß es heißt: Weil die Zeit aber weniger ermahnende Worte als beispielgebende Taten fordert, werde ich selbst anfangs Februar, wo ich mit dem größten Teil meiner Amtsarbeit vorläufig wohl fertig sein werde, und wo es an der Grenze wohl ernst werden wird, trotz meiner 51 Jahre in die Volkswehr eintreten...

Die Leiche Rosa Luxemburgs noch nicht gefunden.

Berlin, 17. Januar. Die Leiche Rosa Luxemburgs ist noch immer nicht gefunden. Durch den Stab der Division wurden im Laufe des gestrigen Tages nach allen Seiten hin Erhebungen angestellt, die jedoch bisher noch kein greifbares Ergebnis gebracht haben. Die Annahme, daß Partisanen die Leiche in Sicherheit gebracht haben, scheint sich nicht zu bestätigen...

Die Braunschweigische Regierung gibt den Zugverkehr frei.

Nach Mitteilung der Presse- und Nachrichten-Abteilung im K. und S.-Nat Hannover ist bei der Verhandlung zwischen den bevollmächtigten Vertretern der braunschweigischen Regierung und dem Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat des 10. Armeekorps vereinbart worden, daß auf der Strecke Hannover-Berlin durch das braunschweigische Gebiet sämtliche Züge des öffentlichen Verkehrs sowie Militärzüge und Militärtransporte, soweit sie nicht etwa Truppen enthalten, die für eine Gegenrevolution bestimmt sind, ohne von der braunschweigischen Regierung angehalten zu werden, befördert werden dürfen...

Nadel in Braunschweig.

Nach einer Meldung der „Dresdner Nachrichten“ befindet sich Nadel seit Sonntag abend im stark besetzten Schloß zu Braunschweig. Die braunschweigische Regierung macht sich auf Kämpfe mit Berliner Regierungstruppen gefaßt.

Generalstreik in Cuxhaven.

Hamburg, 16. Januar. Aus Cuxhaven wird berichtet, daß die Mehrheitssozialisten am Montag dem K. und S.-Nat folgende Forderungen unterbreitet haben: 1. Sicherung der Wahl zur Nationalversammlung; 2. Aufhebung des Beschlusses des K. und S.-Rates über die Republik Cuxhaven; 3. Renouveau des K. und S.-Rates. Der telephonische und telegraphische Verkehr mit Cuxhaven ist unterbrochen. Danach scheint der angekündigte allgemeine Ausstand durchgeführt zu sein. Den Arbeitern des Wasserwerks wurde schon gestern abend geraten, sich hinreichend mit Wasser zu versehen. Der K. und S.-Nat des Reiches York teilt mit, daß ein Anschluß an die Republik Cuxhaven weder erfolgt noch geplant sei.

Der Frankfurter Arbeiterrat nennt Ebert-Scheidemann.

Frankfurt a. M., 17. Januar. Die Exekutive des Arbeiterrates für Frankfurt, die zu gleichen Teilen aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zusammengesetzt ist, erläßt eine Erklärung gegen die Regierung Ebert-Scheidemann und fordert deren Rücktritt, weil sie es unterlassen habe, vor der Einberufung der Nationalversammlung Maßnahmen

zu treffen, welche die Revolution sichern und die Beschlüsse der Rätekonferenz ausführen. Sie verlangt, daß eine solche Regierung aus Vertretern aller Sozialisten und Gruppen gebildet werde. Die Unterlassung der Regierung habe zu den blutigen Vorgängen in Berlin geführt. Die Unterlassungen würden es auch bewirken, daß aller Voraussicht nach, wenn nicht mit aller Energie Einsicht geboten werde, das Schicksal der Revolution in die Hände einer bürgerlichen Mehrheit in der Nationalversammlung gelange. Die Räteregierung habe sich gegen die Nationalversammlung das Recht der Auflösung und des nochmaligen Appells an das deutsche Volk zu vorbehalten, wenn die Nationalversammlung die Ergebnisse der Revolution durch reaktionäre Beschlüsse zu beseitigen suchen sollte. Zum Schluß heißt es: „An alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands ergeht der Ruf, den furchtbaren Ernst der Stunde zu erkennen und bereit zu sein, jeden Kampf der Revolution zu schützen.“

Heute morgen machten sich zum ersten Male die spartakistischen Gewalttaten bemerkbar. Auf die Träger von Plakaten, welche zu einer sozialistischen Versammlung für Sonntag einladen, in der Scheidemann sprechen soll, wurde geschossen. Den Trägern wurden die Plakate entrissen. Den Austrägerinnen der „Krankh. Ztg.“ wurden die Zeitungen entrissen und in den Main geworfen.

Verhandlungen in Kattowitz.

Kattowitz, 16 Januar. Heute haben hier Verhandlungen zwischen der Regierung und den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Montanindustrie in Anwesenheit des Volksbeauftragten Landberg begonnen. Die Arbeiter verharren bei ihren hohen Lohnforderungen, insbesondere auf der Forderung der einmaligen Auszahlung einer größeren Summe. Von den Arbeitgebern wurde diese Forderung als technisch und materiell undurchführbar abgelehnt. Eine Einigung konnte bisher nicht erzielt werden. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Vollzugsratswahlen in Berlin.

Berlin, 17. Januar. In der heutigen Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte fand die Wahl der Arbeiterräte für den Vollzugsrat von Groß-Berlin statt. Es entschieden sich die Liste der Mehrheitssozialisten 316, auf die Liste der Unabhängigen 31 und auf die Liste der Demokraten 117 Stimmen. Gewählt sind somit 7 Mehrheitssozialisten, 7 Unabhängige und 2 Demokraten.

Wo bleibt das Wilsonsche Programm?

Berlin, 17. Januar. Die Reichsregierung ist sich der Verantwortung bewußt, die ihr durch die Annahme des Wilsonschen Programms auferlegt worden ist. Wie sie alles zu dessen Durchführung Erforderliche nachdrücklich anstreben und jede damit übernommene Verpflichtung streng einhalten wird, so muß sie andererseits Forderungen ihrer bisherigen Gegner ablehnen, die über jenes Programm hinausgehen. Sie darf die Grenzen nicht überschreiten lassen, die der Behauptung der jungen deutschen Republik als Staatsvoll und Wirtschaftskörper gezogen sind. Sie muß sich der Weiterführung eines Wirtschaftskrieges nach Friedensschluß widersetzen. Unsere Vertreter haben sich dafür eingesetzt, daß alle wirtschaftlichen Stoppmaßnahmen sofort eingestellt und die dadurch geschädigten Privatrechte so weit wie möglich wiederhergestellt werden. Es wird unzulässig eine auf Willkür und Gerechtigkeit beruhende Vereinbarung über die gegenseitige Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln zu treffen und für die Zukunft eine wirtschaftliche Annäherung der Völker unter möglichst gleichmäßigen Bedingungen anzustreben sein. Dazu gehört namentlich, daß die Frage des Arbeiterkampfes und der Arbeiterversicherung auf der Grundlage der von dem letzten internationalen Kongreß gefassten Beschlüsse von allen beteiligten Staaten tunlichst gleichmäßig geregelt werde. Weiterhin werden unsere Vertreter zu erklären haben, daß Deutschland bereit ist, gemeinsam mit den anderen Staaten zu Lande, zur See und in der Luft abzurufen und die zur Ausführung dieses schwierigen Problems erforderlichen Verpflichtungen unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit einzugehen. Tatsächlich hat Deutschland durch die Auslieferung der Waffenstillstandsbedingungen seine Abweisung in wesentlichen schon vollzogen. Um so weniger ist es gerechtfertigt, daß unsere Gegner die kriegsgefangenen Deutschen immer noch hinter Stacheldraht schmachten lassen, während wir unsere Gefangenen haben freizugeben müssen. Die Delegierten sind angewiesen, auf der Heimendung dieser gefangenen Deutschen schon bei Beginn der Verhandlungen nachdrücklich zu bestehen. Sie werden ferner für eine Wiedereinführung Deutschlands in seine kolonialen Rechte im Rahmen des Wilsonschen Programms einzutreten haben und haben die Sorge für das Wohl der einwohnenden Bevölkerung als gemeinsame Pflicht aller Völker des europäischen Kulturkreises zu betonen. Bei Behandlung der territorialen Fragen in Europa und Vorderasien werden unsere Unterhändler den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ebensowohl zugunsten anderer einräumen, wie sie es zugunsten des deutschen Volkes in Anspruch nehmen müssen. Dies gilt insbesondere für die polnische und elsass-lothringische Frage. Unsere Vertreter sind schließlich angewiesen, nach allen ihren Kräften der Errichtung des Völkerbundes im Geiste der Wilsonschen Vorschläge und in Verbindung mit der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu fördern, weil hierdurch allein ein Zustand dauernden Friedens verbürgt ist.

Die Reform des auswärtigen Dienstes.

Berlin, 15. Januar. Ueber die Reform des deutschen auswärtigen Dienstes heißt es in der „Deutschen Allgem. Ztg.“: Die seit langem als notwendig anerkannte Reform werde jetzt auf Veranlassung des Grafen Brodendorff-Roth in energig betrieben, und zwar soll zunächst die seit geraumer Zeit begonnene Neugestaltung des wirtschaftlichen Auslandsdienstes als besonders dringend durchgeführt werden. Der bisherige Handelsattaché der deutschen Gesandtschaft in Ko-

penhagen, Legationsrat Dr. Löpfer soll dem Auswärtigen Amt zur Seite stehen. Er ist zum Unterstaatssekretär ernannt worden. Er hat durch seine vierjährige Tätigkeit in Kopenhagen die Erfordernisse des wirtschaftlichen Auslandsdienstes in der Praxis auf das eingehendste kennen gelernt. Er ist kein Berufsdiplomate, sondern tritt als Chemiker und Industrieller unvoreingenommen an seine Arbeit heran. Seine Heimat ist Stettin. Er ist 41 Jahre alt. Graf Brodendorff wird, wie die „Deutsche Allgem. Ztg.“ weiter sagt, nicht mit allzuviel Organisationstheorie, sondern mit praktischer Arbeit beginnen. Es kommt darauf an, daß die zerstückelte Verichte, staltung und Arbeitsweise unserer Auslandsvertretungen auf wirtschaftlichem Gebiete geeinigt werde. Ferner gilt es, innigere Beziehungen zwischen unseren Auslandsvertretungen und unseren inneren wirtschaftlichen Kreisen herzustellen. Auch das Verhältnis unserer Konsulate zu den Gesandtschaften ist zu regeln und die politische Arbeit unserer Gesandtschaften mit praktischer Berufsauffassung und wirtschaftlichem Verständnis zu durchdringen.

Der bayerische Ministerpräsident und das Wahlergebnis.

Ein Sonderberichterstatter des „Matin“ hatte am 2. Januar in München mit dem Ministerpräsident Eisner eine Unterredung, in der dieser erklärte, daß die Unabhängigen in Deutschland die ungeheure Mehrheit des Volkes hinter sich hätten. Bei den Wahlen würden die Unabhängigen die große Macht in Deutschland haben und die Herren vom Schläge Scheidemann und Auer würden den Unabhängigen die erste Stelle einräumen müssen. Hinter den Sozialisten würden die Arbeiter- und Soldatenräte als Stütze stehen. Auf eine Zwischenfrage des Berichterstatters, ob Eisner an die Zukunft der Räte in Deutschland glaube, antwortete er: Und ob ich daran glaube! Die Räte werden die Kontrolle über die Regierung und das Parlament besitzen. Auf die Bemerkung des Berichterstatters, daß dies reiner Bolschewismus sei, sagte Eisner u. a., daß die Räte die Grundlage des sozialistischen Staates seien. Eisner hob zum Schluß hervor, daß infolge der enormen Lebensmittelpreiserhöhung der frühere kleine Bürger und der Zeitbedröhten jetzt dem Glend preisgegeben, Proletarier geworden und in die Reihen der Unabhängigen eingetreten sei.

Die „ungeheure Mehrheit der Unabhängigen“ in Bayern hat bei der Landtagswahl drei Mandate erobert.

Deutsche Volkspartei, Deutsch-nationale Volkspartei und Zentrum

haben die Listen verbunden und bilden einen Block.

Keine Stimme geht also den Ordnungsparteien verloren, sie unterstützen gegenseitig ihre Kandidaten. Zentrumsanhänger, die Kölsch oder Heinze wählen, handeln daher pflichtvergessen.

Wählt in Dresden und Leipzig Burlage! in Chemnitz Nothe!

Eisner geht nicht. Ministerpräsident Eisner drahtet der Tel.-Information: Der überhandnehmende Anfall der Wahlen für Sozialdemokratie und Bauernbündler bietet nicht im mindesten einen Grund für unseren Rücktritt. Die Nachricht von unserem bevorstehenden Rücktritt sei erfunden.

Aus dem Ausland

Die Zustände in Rußland. Ein englischer Geschäftsmann, der nach abenteuerlichen Erlebnissen in Bergen angekommen ist, sprach dem Vertreter einer norwegischen Zeitung gegenüber seine Ueberzeugung aus, daß die Tage der bolschewistischen Regierung gezählt seien. Sie habe allen Einfluß beim Volk verloren. Er glaube, daß ein Judenpogrom nahe bevorstehe, der sich zu allererst gegen die Regierung richten werde, die mit Ausnahme von Lenin nur aus Juden bestehe. Unter den Bolschewisten hat die Ernennung des Fürsten Kravotkin großes Aufsehen erregt. Sie leugnen zwar, den Mord begangen zu haben, aber der Fürst ist verschwunden, und die Sowjetregierung hat die Mordbeschuldigung nicht widerlegen können. General Brusiloff ist in Moskau auf offener Straße erschossen worden.

Im Flugzeug von England nach Indien. London, 17. Januar. Das Deutsche Bureau meldet ausführlich: Ein Sandlen-Page-Flugzeug, das kürzlich von England nach Indien aufgestiegen war, ist glücklich in Indien angelangt.

Die Wahlbewegung in Sachsen.

Achtung! Zur Wahl Ausweise mitnehmen: Einwohnerchein, Heimatchein, Geburtszeugnis oder Militärpapiere ufm.

Die Strafgesetze die die Wahlfreiheit sichern. Nach dem §§ 107, 108 und 274 des Strafgesetzbuches und entsprechend der durch das Reichsgericht diesen Bestimmungen gegebenen Auslegung sind folgende Handlungen unter Strafe gestellt.

Mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten und bis zu 5 Jahren oder mit Festungshaft bis zu 5 Jahren wird bestraft, wer durch Gewalt oder Bedrohung mit einer strafbaren Handlung einen Wahlberechtigten verhindert, überhaupt zu wählen, oder für die von ihm gewünschten Kandidaten zu stimmen; der Versuch ist strafbar.

Mit Gefängnis von 1 Woche bis zu 3 Jahren wird bestraft, wer für eine andre Person unter Mißbrauch ihres Namens einen Stimmzettel abgibt, wer an verschiedenen Orten wählt, wer durch falsche Angaben (über sein Alter usw.) seine Eintragung in die Wählerlisten zu unrecht bewirkt und bei der Wahl ein ihm nicht zukommendes Wahlrecht ausübt, wer durch Störungen der Wahlhandlung oder in sonstiger Weise ein unrichtiges Ergebnis der Wahlhandlung vorzujährlich herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht. — In diesen Fällen kann auch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Mit Gefängnis, neben welchem auf Geldstrafe bis zu 3000 M. erkannt werden kann, wird bestraft, wer Wählerlisten vernichtet, beschädigt, oder unterdrückt.

Borna. Die Bornaer Katholiken waren wiederum wieder zur Stelle, als für eine zweite Wahlversammlung eingeladen war. Hochw. Herr Pfarrer Lange hielt einen orientierenden, praktischen Vortrag über das Thema: „Welcher Partei gehört unsere Stimme?“ Von den zur Organisation der Agitation aus Leipzig erschienenen drei Herren sprach Herr Postsekretär Klauder zu den bevorstehenden Wahlen; seine Ausführungen wurden sehr beifällig aufgenommen. Herr Dr. Grosse kam wegen vorgerückter Zeit nicht mehr zum Wort, was allgemein sehr bedauert wurde.

Aue. Der Aufruf der Ortsgruppe Aue der christlichen Volkspartei (Zentrum) zur Nationalversammlung wurde am 16., 17. und 18. Januar von einer Anzahl opferwilliger Gemeindeglieder nebst 80 000 Stimmzetteln unter ganz bedeutenden körperlichen Strapazen in 20 000 Haushaltungen des Auer Bezirks ausgebracht. Was menschenmöglich war, ist geschehen.

Der Dresdner Lehrerverein schickt ein Blatt an seine Mitglieder, wohl auch Nichtmitglieder. Eins davon flatterte mir auf den Schreibtisch. Es trägt die Ueberschrift: Zur Aufklärung für die Wahlen! Armer, geduldiger Leser! Wie sieht diese Aufklärung aus! Ein Genie überläuft mich, wenn ich auf diesem Blättchen lese das Schulprogramm der Christlichen Volkspartei (Zentrum); denn höre und staune: „Das Zentrum ist für Herrschaft der Kirche über die Schule, Erhaltung der konfessionellen Volksschule.“ Lechter Punkt: „Stimmt!“ Gott sei Dank, daß es noch christliche Parteien gibt, die offen für eine konfessionelle Volksschule eintreten. Als katholischer Lehrer und als Zentrumsmann stehe ich voll und ganz zum christlich-geheilten Volke. Wir wollen den christlichen Eltern das Recht auf die Erziehung ihrer Kinder nicht nehmen lassen, sie sollen auch im neuen Volksstaate ihre Kinder in christliche Volksschule schicken können, in Schulen, wo Gott nicht durch naturwissenschaftliche Lehrlungen und einen fogen. Moralunterricht entbehrlieh gemacht wird. Für uns ist die Schule nicht bloß eine Vorkammer nützlichen Hausgerätes für die Arbeit dieses Lebens, sondern eine Erziehungsstätte zu wahren Schülern dessen, der uns Licht und Leben und Sonne ist, Jesu Christi, in dessen Reich zu gelangen unser stetes Streben für die Kindesseele sein soll. Freilich bekennen wir: Du bist Christus, der Sohn des lebendigen Gottes. Und diese Erziehungsarbeit an den Kindern, die Hilfe an der Erziehung der ewigen Bestimmung, leisten wir Lehrer gemeinsam mit jenem Erzieher, dem der göttliche Heiland den Auftrag gegeben, und lehterer gilt für alle Zeiten, auch die letzte Zeit des Unglaubens und des Ausräumens gegen das positive Christentum: „Lehret alle Völker...“ Wo eine Herrschaft, da gibt es Knechte; also, christlicher Lehrer, bist Du ein „Knecht!“ Warum denn nicht gleich heraus mit diesem Namen! Nicht die „Kirche“ soll und will herrschen in der christlichen Volksschule, sondern sie ist ja nur eine Dienerin des göttlichen Stifeters; in unseren Schulen, die das Zentrum fordert, soll herrschen Jesus Christus, der Sohn Gottes, hochgelobt in Ewigkeit! Christliche Männer und Frauen, schart euch, ob Protestant, ob Katholik, um das Zeichen unserer Erlösung, helf dem Kreuze zur Herrschaft. Rettet die Seelen der Jugend! Wählt keine Vertreter jener Parteien, die für Trennung von Kirche und Staat eintreten, sondern wählt Zentrum, die Christliche Volkspartei. Ein Lehrer, der Zentrum wählt.

Dresden. Ein Protestant muß es verwunderlich finden, daß in dem in diesen Tagen erschienenen Dresdner Kirchenblatt ein Artikel über „Die politischen Parteien und die Forderungen der Kirche“ erschienen ist, der mit keinem Worte die Partei erwähnt, die bezüglich der brennenden Frage einer Trennung von Staat und Kirche Forderungen erhebt, die im Interesse auch der protestantischen Kirchengemeinschaften weit über die hinausgehen, die Stadtrat Dr. Krummbiegel aufgestellt hat. Der Dresdner evangelische Arbeitsausschuß hat wohl die Zentrumspartei wegen ihrer Stellung zu den Krummbiegelschen Forderungen nicht eigens befragt, und das war ja schließlich wohl auch nicht erst notwendig. Jedemfall aber hätte in der Besprechung, in der sogar die kleine deutsche soziale Mittelgruppe neben den anderen rechtsstehenden Parteien und sogar neben der allgemeinen demokratischen Partei ihre Stellungnahme zu den Krummbiegelschen Forderungen festlegen darf, eine kurze Bemerkung wenigstens über die Zentrumspartei nicht fehlen dürfen. Das verlangte die Vollständigkeit der Aufklärung, das verlangte die Gerechtigkeit und sogar der eigene Nutzen. Denn man wird sich doch hoffentlich in protestantischen Kreisen

mehr u... manche die so... Parlam... kathol... Unabhä... Kenntn... ihrer G... in der... wäre es... gewese... lage als... stehend... faum... Gegenw... Deutsch... vorzieh... Unterla... Da... ist bei... knüpft... früheren... Resultat... gegenge... Wir ha... gesehe... einigern... vor Wo... nicht zu... Montag... nur Zei... Na... am Don... immer... Stellung... Proklam... der. Ge... Wenden... gegenüb... der es... seit her... seien in... an, wel... und in... tung, n... Wenden... nommen... an der... deutsche... Oberlau... danach... Der O... Rell in... reifen... Baugen... Deutsche... betrachte... dieses... Wenden... und sich... In... nelen... offenst... erkunde... sicht ge... nichts... Zeit sch... mann... und da... nehmen... gen, wo... frage b... daß er... Seine... keine... dauerte... bat ihn... ung in... Dr. Ge... auf den... Ideen d... Wigdor... Pläne... die Zeit... es sehr... reich er... Stelle... Wenden... Vaterlan... sich dur... freien... wäre, es... rauf ek... ordnung... Wenden... preußisch... reichen... er, wen... der Bev... legen w... gen Dr... sich nich... sei für...

mehr und mehr darüber klar werden, daß die Partei, die so manche protestantische Geistliche zu ihren Mitgliedern rechnet, die so bedeutende protestantische Fraktionsmitglieder in den Parlamenten gehabt hat, durchaus keine konfessionelle, keine katholische Partei ist, sondern eine Partei, die Freiheit und Unabhängigkeit in gleicher Weise für alle christlichen Bekenntnisse fordert, und diese ihre Forderungen auf Grund ihrer Geschichte und ihrer Bedeutung und Größe zu vertreten in der Lage ist wie keine andere gleich ihr. Allerdingst wäre es nicht nur billig, sondern auch gerecht und notwendig gewesen, neben dem Namen Nische auch den Namen Burlage als an der Spitze der Christlichen Volkspartei stehend, den Lesern nicht vorzuenthalten. Man kann sich kaum ausdenken, daß in den kirchenpolitischen Kämpfen der Gegenwart ein gläubiger Christ irgendwelcher Konfession die Deutsche demokratische Partei der Christlichen Volkspartei vorziehen könnte. Mancher Protestant wird gleich uns die Unterlassung bedauern.

Das Wahlergebnis. Die Feststellung des Ergebnisses ist bei der Verhältniswahl mit großen Schwierigkeiten verknüpft und vor allem sehr langwierig. Während bei dem früheren Wahlsystem zumeist noch am selben Abend das Resultat festgestellt und sogar noch in Versammlungen entgegengenommen werden konnte, ist das jetzt unmöglich. Wir haben auch bei den Wahlen in Süddeutschland jetzt gesehen, daß das Resultat erst nach zwei Tagen einigermassen sicher bekannt wurde. Auch für Sachsen wird vor Montag abend oder nachts ein vorläufiges Resultat nicht zu erwarten sein. Wir bitten daher unsere Leser, am Montag das Telexphon nicht unnötig zu belasten, da doch nur Teilergebnisse mitgeteilt werden könnten.

Aus Stadt und Land

Dresden, 18. Januar 1919

Die Wendenfrage.

Rat und Stadtverordnete in Bautzen beschäftigten sich am Donnerstag mit der Frage der Wendenbewegung, die immer erstere Form annimmt. Veranlassung zu der Stellungnahme ist die Resolution von drei Vorstehenden Proklamation des Oberlausitzer Freistaates Serbstwa unter der Präsidentschaft des Bauzener Stadtverordnetenvorstehers Dr. Herrmann, Oberbürgermeister Niedener erklärte, die Wendenfrage, der man bisher lächelnd oder gleichgültig gegenübergestanden habe, habe einen Umfang angenommen, der es erforderlich mache, nunmehr aus der Gleichgültigkeit herauszugehen. Die Pläne, die da geschmiebelt würden, seien in höchsten Grade gefährlich. Der Rat nahm eine

Entschließung
an, welcher das Stadtverordnetenkollegium dann zustimmte und in welcher gesagt wird: „Die Bauzener Stadtverwaltung, welche bisher die Bestrebungen eines Teiles der Wenden, einen eigenen Staat zu gründen, nicht ernst genommen hat, legt Verwahrung ein gegen diese Wünsche, an deren Ernst nun nicht mehr zu zweifeln ist. Die deutsche Bevölkerung der Stadt Bautzen wie der gesamten Oberlausitz verfolgt dieses Streben mit Entzückung, welches danach angeht, in den Deutschen in den Rücken zu fallen. Der Oberlausitzer Freistaat der Wenden würde sich als Keil in die deutschen Eindringlinge und diese zerreißen. Gegenüber den 90 Prozent Deutschen der Stadt Bautzen kommt das einer Verdröpfung gleich. Die Deutschen haben die Wenden stets als ihre lieben Brüder betrachtet, und es kommt ihnen nicht in den Sinn, wendisches Volkstum zu unterdrücken. Sie fordern, daß die Wenden von ihren staatlichen Sonderinteressen absehen und sich weiter als Teil unseres Sachsenlandes erklären.“

In der sich anschließenden Sitzung der Stadtverordneten, zu welcher der Rat vollständig erschienen war, offenbarte sich, um die Stellungnahme Dr. Herrmanns zu erkunden, erklärte dieser, daß er von der für ihn in Aussicht gestellten Präsidentschaft des zukünftigen Wendenstaates nichts wisse. Vizevorsteher Johne erklärte, seit längerer Zeit schon gehe in der Stadt das Gerücht, daß Dr. Herrmann Mitglied des wendischen Nationalausschusses sei und daß man ihn auch an dessen Sitzungen habe teilnehmen sehen. Es würde die große Beunruhigung beseitigen, wenn Dr. Herrmann seinen Standpunkt zur Wendenfrage hier klarstellen wollte. Dr. Herrmann widersetzte, daß er Mitglied des wendischen Nationalausschusses sei. Seine Ansicht zur Wendenfrage hier darzutun, habe er keine Veranlassung. Landtagsabgeordneter Hartmann bedauerte, daß sich Dr. Herrmann nicht erklären wolle, und bat ihn, dies im Interesse der platzgegriffenen Beunruhigung in der Bürgerschaft doch tun zu wollen, worauf Dr. Herrmann erklärte, daß er keine Bedenken habe, sich auf den Boden der Resolution des Rates zu stellen. Die Ideen der Wenden zu verwirklichen, sei gar nicht möglich. Vizevorsteher Johne betonte, früher hätte man über solche Pläne der Wenden gälächelt, heute aber, wo die Wenden die Feinde entscheiden lassen wollen über ihr Schicksal, sei es sehr wohl möglich, daß die Feinde hier ein Wendenreich errichten; daher wäre es wertvoll, wenn von dieser Stelle aus einmal unabweisend erklärt würde, daß die Wenden wie früher im Mittel, so jetzt auch in der Zeit des Vaterlandes zum Vaterlande halten wollten. Sie glaubten sich durch Selbstermächtigung von den Kriegslasten befreien zu können. Wenn der Krieg glücklich ausgegangen wäre, hätten sie auch Anteil am Ruhme mit gehabt. Darauf erklärte Dr. Herrmann, daß bei der allgemeinen Neuordnung der politischen Dinge auch eine Neuordnung des Wendentums nötig sei, vor allem ein Zusammenschluß der preußischen mit den sächsischen Wenden. Auf die zahlreichen Anträge der Versammlung hin betonte er, daß er, wenn er sich mit dieser Meinung in Widerspruch zu der Bevölkerung setzte, sein Amt als Vorkämpfer gern niederlegen wolle. Stadtbaurat Göhre meinte, die Ausführungen Dr. Herrmanns wären zwar interessant, aber er hätte sich nicht deutlich ausgedrückt. Wenn er erklärt habe, er sei für einen einheitlichen Verwaltungskörper der Wenden,

so unterstelle er also die Bestrebungen der Wenden. Dr. Herrmann betonte schließlich, er fühle sich nicht als auf der Anklagebank sitzend. Landtagsabgeordneter Hartmann erwiderte, er könne Dr. Herrmann nicht als entlastet ansehen, erst habe er sich auf den Boden der Entschließung des Rates gestellt, jetzt bleibe er die Bestrebungen der Wenden gut. Er widerspreche sich.

Eine Proklamation des kaiserlichen Wendenstaates.

Bautzen, 17. Januar. Nach einer Proklamation des wendischen Nationalausschusses an die wendische Nation in der Nummer der „Serbst Rowing“ vom letzten Sonnabend sei der „selbständige kaiserliche Wendenstaat“ auf Grund der Wilsonschen Friedensgrundsätze errichtet. Das Wendenvolk würde künftig seine Geschicke auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker selbst in die Hand nehmen und eine eigene Verwaltung auf der Friedenskonferenz fordern. Die Proklamation ist vom 1. Januar 1919 datiert und für den wendischen Nationalausschuss unterzeichnet von Barth, Deutschmann, Dobruch und Dryl, letzterem als Sekretär.

Zum Rücktritt der sächsischen unabhängigen Volksbeauftragten.

Dresden, 18. Januar. Zum Rücktritt der drei unabhängigen Minister Geyer, Fleißner und Lipinski teilen die Minister Bud, Dr. Gradnauer und Schwarz mit, daß sie die Leitung sämtlicher Staatsgeschäfte übernommen haben. Der Vollzugsrat des Landesrates der Republik Sachsen hat von dem Rücktritt der drei unabhängigen Minister Kenntnis genommen und die Minister Bud, Gradnauer und Schwarz ersucht, ihre Ministerien weiter zu behalten. Die zurückgetretenen Minister sind ersucht worden, ihre Geschäfte in die Hände der verbleibenden Minister sofort zu übergeben. Als einstweiliger vorstehender Minister ist Dr. Georg Gradnauer bestimmt worden. Die Neubildung des gesamten Ministeriums hat sich der Vollzugsrat vorbehalten. Als Bevollmächtigter des Ministeriums für Militärwesen ist bis auf weiteres Herr Gustav Reuring bestimmt worden. Minister Lipinski hat sich von seinen Beamten bereits verabschiedet. Im übrigen teilt der Vollzugsrat noch mit, daß die am 2. Februar zu wählende sächsische Volkskammer über die weitere Bestimmung der Regierung zu entscheiden haben wird. Die Volksbeauftragten der Sozialdemokratischen Partei hatten ihre Aemter dem Vollzugsrat des Landesrates zur Verfügung gestellt, doch sind sie vom Vollzugsrat des Landesrates mit der Fortführung der gesamten Ministergeschäfte beauftragt worden.

— * **Ward auf der Maxstraße.** Gestern Freitag wurde in den Abendstunden der stauinann Burkhold in seinem Maxstraße 17 gelegenen Schokoladengeschäft mit schweren Kopfwunden tot aufgefunden. Die Tatbestände lassen auf Raubmord schließen, doch sind zurzeit die näheren Umstände noch unbekannt, ebenso fehlt von dem Täter noch jede Spur. Die Leiche wurde behördlich aufgehoben und wird vom Gerichtsarzt feziert. Von der Kriminalpolizei erschien deren Chef, Regierungsrat Dr. Polysch, mit einigen Beamten am Tatort, freier war vom Gericht Staatsanwalt Dr. Groß zugegen.

— * **Milchgutjehene.** Die Einföhrung der von der Stadt Dresden ausgegebenen Milchgutjehene für Kinderbewilligte ist jetzt an bestimmte Einföhrungsstermine gebunden. Der Verkauf ist jedem Gutjehene ausgedruckt. Die von 24. November bis 21. Dezember gültigen Milchgutjehene sind, soweit das nicht schon geschehen ist, von den Milchhändlern spätestens am 21. Januar im Neuen Rathaus, zweites Obergeschoss, Zimmer 286, von 10 bis 1 Uhr einzulösen.

— * **Margarineverteilung.** Donnerstag den 23. und Freitag den 24. Januar werden die Landesfestkarte der Stadt Dresden „Januar T“ mit 62½ Gramm Margarine, der Butterbezugschein mit 50 v. S. mit Margarine beliefert. Der Kleinhandelspreis beträgt für einachtel Pfund 31 Pf., für 1 Pfund 2,46 M.

— * **Hilfsaktion Deutschböhmen.** In der am 15. d. Mts. stattgefundenen Versammlung der Deutsch-Oesterreicher, die von der Zentrumsparlei einberufen war, wurden für die „Hilfsaktion Deutschböhmen“ 34,38 M. gesammelt und beim Deutschböhmischem Hilfsbüro, Schreibergasse 12, abgegeben.

Streik und Unruhen.

Im Laufe des gestrigen vormittags sind die Arbeiter zahlreicher Leipziger Betriebe in den Streik getreten. Es handelt sich hierbei nicht um eine Lohnbewegung, sondern um eine Demonstration gegen die Berliner Vorgänge, denen Rosa Luxemburg und Liebknecht zum Opfer gefallen sind. An dem Streik beteiligten sich zunächst die Duz-Automobilwerke, die Polyphonwerke, die Bittlerwerke u. a. Eine aufgeregte Menschenmenge zog vor die „Allgem. Btg.“, erzwang die Stilllegung des Betriebes, verbrannte zahlreiche Flugblätter. Hierauf zog die Menge zu den „L. N. N.“ und erzwang die Herausgabe eines Flugblattes, in dem gesagt wird, die „L. N. N.“ bedauern die Ermordung von Liebknecht und Rosa Luxemburg und seien der Ansicht, daß diese Mord nur unter der Regierung Ebert-Scheidemann hätte geschehen können. Hierauf wurde der Betrieb der „L. N. N.“ stillgelegt. Das „Leipz. Tagebl.“ sollte eine ähnliche Erklärung an der Spitze seiner Stadttausgabe geben. Inzwischen war aber der Generalstreik proklamiert worden. Sämtliche Zeitungsbetriebe wurden stillgelegt. Zahlreichen Soldaten wurden die Kokarden abgerissen, ebenso Offiziere aus dem Auto geholt und der Kesselstübe beraubt. Die Menge drohte, auch in der Wasser- und Elektrizitätswerksbetriebe einzugreifen. Von radikaler Seite wird die sofortige Bewaffnung des Proletariats verlangt. In den Nachstunden hat das Wasserwerk den Betrieb eingestellt, so daß die Stadt ohne Wasser war. In zahlreiche Restaurants und Hotels drang die Menge ein und verübte Gewalttätigkeiten. In Eckertens Keller wurden die Gäste vollständig ausgeplündert. Es befanden sich darunter einige

Fremde, die am nächsten Tage Leipzig wieder verlassen wollten und nun ohne Vermittel dastehen. Im „Leipziger Tageblatt“ hat eine Menge von Soldaten und Matrosen der Volksmarine die verschlossenen Tore eingeschlagen.

— Die Straßenbahnangestellten Leipzigs sind gestern Morgen in den Streik eingetreten, so daß der gesamte Straßenbahnbetrieb Leipzigs ruht. Die Straßenbahnangestellten waren mit Wünschen um Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage an die Direktion herangetreten. Eine von ihnen gewählte Kommission verhandelte vorgestern mit der Direktion. Bei den Verhandlungen kam es, wie uns mitgeteilt wird, zwischen den beiden Parteien in allen wesentlichen Punkten zu einer Einigung, so daß der Streik am Freitag Morgen nicht voranzusehen war. Zurzeit wird noch verhandelt.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

§ Dresden. Kreuzbündnis. V. a. R. Die Mitglieder werden ohne Ausnahme zu der Jahreshauptversammlung am nächsten Dienstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr im Gesellenhanse eingeladen. Vollzählig erscheinen!

— Dresden, 18. Januar. Dresdener Lehranstalt für Musik (Melancthonstr. 25, Dir. Paul Walde) veranstaltet am Donnerstag, den 23. Januar, abends 7 Uhr im großen Saale des Gesellenhauses, Käußerstr. 4, einen Konzert- und Theaterabend für die Freiwilligenkasse. Zum Vortrag gelangen Werke für Orchester, Einzel-Instrumente und Gesang, sowie zwei Theaterstücke. Karten zum Preise von 60 Pf., 85 Pf. und 1,20 M. sind täglich bis abends 7 Uhr in der Schule sowie beim Hausmeister, Käußerstr. 4, erhältlich.

Pension Ilm, Dresden
Sidonienstr. 5/7 (Prager Str.) am Hauptbahnhof
Vornehmes Familienheim und Privathotel
auch tageweise mit oder ohne Besprechung
Neue Küchenleitung, Zimmer u. Pension 12 Mk.
Günstige Bedingungen f. läng. Aufenthalt. — Fahrstuhl.
Deutscher Offizierverein, Fernspr. 13908, E. Gallien

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptschriftleiter Paul Helein; für den Anzeigenteil: Erwin Schön. Druck und Verlag der „Garonia-Druckerei G. m. b. H.“ zu Dresden.

Chem. Angehörige der 6. Garnison- und Genesenen-Kompagnie des 1. Ersatz-Bataillons 2. Grenadier-Regiment Nr. 101.

Einladung

zur
Abschieds-Feier mit Ball
am 30. Januar 1919
im großen Saale von „Hammer's Hotel“, Augsburgstr. 7
Alle ehem. Kameraden der Komp. mit Angehörigen sowie Gönner werden hierzu freundl. eingeladen und um recht zahlreiches Erscheinen gebeten.
Für einige angenehme Stunden im Kreise alter Kompagniekameraden verbürgen
Die Veranstalter.
Beginn 6 Uhr.

Achtung!
Händler ♦♦ Geschäfte ♦♦ Wiederverkäufer
Erdal-Schuhcreme wieder eingetroffen,
Lederschnürsenkel la Waro (Militärsenkel)
stauend billig.
Vaseline-Lederfett ♦♦ Waschpaste.
Georg Schmidt, Dresden-A., Sorrestr. 10, I.

Feinbäckerei und Konditorei
Otto Frenzel
Dresden Borsbergstr. 25 Fernruf 18 483
empfiehlt den geehrten Herrschaften der Zeit entsprechend vorzügliches **Frühstückgebäck** und **Roggenbrot**.
Moderne elektrischer Betrieb mit dreifachem Dampfbackofen

Wahlkreis Ostsachsen (Dresden).
Christl. Männer und Frauen
verwendet nur Stimzetteln, die mit dem Namen Reichsgerichtsrat
Burlage
beginnen.
Sächsische Zentrumsparlei.

Erwiderung

auf die Antwort des Vereins der Deutschen Demokratischen Partei für Dresden und Umgegend.

Auf die Frage des unterzeichneten Sammelausschusses, ob die Deutsche Demokratische Partei (D. D. P.) künftig ihre Politik **grundsätzlich** im Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie oder mit den bürgerlichen Parteien durchführen wird, hat uns die D. D. P. eine Antwort erteilt, die sachlich keineswegs als eine klare Antwort bezeichnet werden kann.

Der Sinn der Anfrage lag für jeden, der mit politischen Verhältnissen vertraut ist, klar zutage. Wir wollen ihn aber der D. D. P., die ihn mißverstanden zu haben scheint, näher darlegen.

Das Ziel der Politik jeder Partei ist, ihre **politischen Grundsätze zur Geltung zu bringen**. Wenn sie das nicht **allein** kann, weil sie die absolute Mehrheit im Parlament nicht hat

und die D. D. P. wird sie in der Nationalversammlung auch nicht haben,

so muß sie Anlehnung an diejenigen Parteien suchen, die ihr in der grundsätzlichen politischen Auffassung am nächsten stehen, anderenfalls würde sie isoliert, d. h. politisch tot sein.

Wenn die D. D. P. bei dieser ihr wohlbekannten Sachlage antwortet:

„Grundsätzlich stellen wir uns auf eigene Füße, grundsätzlich binden wir uns weder nach **links** noch nach **rechts**“,

so ist darauf zu antworten:

Eine Bindung haben wir der D. D. P. nach unserer Frage nicht zugemutet. Deshalb ist dieser Teil der Antwort unnötig.

**Deutsche Bürger,
Arbeiter und Studenten!**

In 3 Tagen sollen die Trümmer des alten Bollwerkes beseitigt sein und der Grundstein zur neuen ordnungsmäßigen Verfassung unseres **deutschen Heimatlandes** gelegt werden, welcher getragen wird durch das Vertrauen und gestützt durch den Willen des gesamten deutschen Volkes.

Der 19. Januar, der Tag der Nationalversammlung, ist die Wiedergeburt und das Erwachen **unseres deutschen Seins und Werdens**.

Darum helfe für diesen Tag alle mit, **ohne Unterschied der Partei**, bis dahin Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Freiwillige wollen sich melden vom 18. Januar ab auf der Waisenhausstraße 2 im Verein „Eiserne Ruhe“ und erhalten daselbst nähere Anweisungen.

Ausschuß der zu bildenden freiwilligen Wahlschutzwehr.

Maciejewski, Dentist

Räcknitzstraße 16, I., Ecke Mosczinskystraße

Sprechstunden 9-1, 3-5. Fernsprecher 10616.

Zahnoperationen für Unbemittelte unentgeltlich!

Kirchenbau-Verein Leipzig-Gohlis.

Montag, 27. Januar 1919, abends 1/2 9 Uhr

Hauptversammlung

in der Gastwirtschaft Franke, Landsberger Str. 3.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorsitzenden,
2. Bericht des Schatzmeisters,
3. Neuwahl des Vorstandes u. zweier Kassenprüfer.
4. Verschiedenes.

Kaufmannslehrling

Sohn achtbarer Eltern, der möglichst Stenographie und Schreibmaschine kann, für Ostern 1919 gesucht. Ang. unter O. O. 4261 an die Geschäftsst. d. Btg. erbeten

**Bürstenwaren
Kammwaren II.**

• J. Rappol •

Brühl-1, Obergraben 3
Kamenzer Straße 22
Fernsprecher 15612

**Frank
Vina Zähne**

(Firma: Sächs. Corset-Industrie)

Rosett-Spezialistin

für Damen
der Dresdner Gesellschaft
für Anfertigung nach Maß und Anprobe.

Frauenzweifel sehr empfohlen

**!! Bearbeitung von mit-
gebrachten Stoffen !!**

Reparaturen schnell und billig.
Subwig-Richter-Straße 15,
1. Etz. haben.

Gede Meißnerstr., Str.-B. 2, 22 28
Fernruf 20924

Kath. Monteur

34 Jahre, Größe 165 cm, von gutem Charakter, fleißig und fleißig, nicht unbemittelt, sucht Bekanntschaft mit liebevollem, ordentl. u. wirtschaftl. Fräulein nicht über 25 Jahre mit etwas Vermögen, zwecks **Heirat**. Würde auch in ein Geschäft od. Wirtschaft einheiraten. Witwe ohne Anhang mit guter Position nicht ausgeschlossen. Werte Angebote mit Bild unter O. O. 4263 an die „Sächsische Volkszeitung“ erbeten.

Junggefelle, Mitte Bierzig, gr. angenehme Erscheinung, technisch u. kaufm. gebildet, wünscht

Einheirat.

Wett. Zuschriften unter O. O. 4264 an die Geschäftsst. d. Btg.

Christliche Wähler und Wählerinnen Leipzigs!

Gibt Eure Stimme nur der

Zentrums-Partei

der christlichen Volkspartei.

Tretet für die christliche Schule ein!

Wählt Liste Burlage!

Vertrauet in die Natur!

Neue Behandlungen für körperl. Leiden

Pfarrer Jos. Schmidt

Pfarrer Schmidt's Büchlein, ein wertvoller Ratgeber in der Familie gibt Rat und Aufklärung über Verwendung von Naturmitteln bei:

Asthma	Magenbeschwerden	Blutarmut
Lungenleiden	Verdauungs "	Bleichsucht
Rheumatismus	Hämorrhoiden	Verdorbenem Blut
Ischias	Magenkrämpfe	Mitesser
Wicht	Magenleiden	Surankel
Brustkrämpfe	Darmlähmung	Zuckerkrankheit
Nierenleiden	Verstopfung	Zuckerharnruhr
Nervenleiden	Durchfall	Harnverhaltung
Gliederzittern	Veitnässen	Wasserbeschwerden
Fettleibigkeit		Wassersucht

Tausende von Zeugnissen aus allen Kreisen.

Das Büchlein versenden wir kostenlos und portofrei.

Schreiben Sie an **Pfarrer Schmidt's Naturmittelvertrieb**, Georg Pfaller
Königsberg, Färberstr. 35
Kontroll-Nr. 142. (Bei Bestellung unbedingt angeben.)

Ich habe meine Kanzlei nach

Waisenhausstraße 22, I

Fernsprecher 13 419 und 13 719

verlegt und mich mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Kurt Arnhold zur gemeinsamen Ausübung der Anwaltspraxis verbunden.

Rechtsanwalt **Dr. Heinrich Hoffmann**.

Ich bin zugelassen zur Anwaltschaft beim Landgericht Dresden und den Amtsgerichten und betreibe die Anwaltspraxis gemeinsam mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Heinrich Hoffmann in

Dresden, Waisenhausstr. 22 I

Fernsprechnummern 13 419 und 13 719.

Rechtsanwalt **Dr. Kurt Arnhold**.

Sekretärin

perfekt in Stenographie u. Maschinenschr. zum 1. Febr. od. später gesucht. Zeugnisabschriften u. Lohnansprüche zu senden an den

**Kathol. Caritasverband
Chemnitz, Rostmarkt 9.**

In

Leipzig-Neudnitz

sucht junger Mann einfaches,

möbl. Zimmer

b. kath. Familie, ab. 1. 2. 19. Angeb. an **G. Arnold**, Bad Orb 357.

24 jähr. Dienstmädchen wünscht Bekanntschaft mit kath. Herrn

zwecks Heirat.

Angebote mit Bild unter O. O. 4262 an die Geschäftsst. d. Btg.

Beilage zur Sächsischen Volkszeitung

Nr. 14

Sonnabend, den 18. Januar 1919 abends

18. Jahrg.

Vor der Entscheidung!

Am nächsten Sonntag wählt das deutsche Volk seine Nationalversammlung. Ein verhältnismäßig kurzer, aber heißer Wahlkampf liegt hinter uns; alle Parteien haben fieberhaft gearbeitet, um am 19. Januar mit gewaltigen Massen aufzumarschieren zu können. Sein besonderes Gepräge hat der jetzige Wahlkampf dadurch erhalten, daß zum ersten Male die Frauen aufgerufen wurden, in die Arena des politischen Kampfes zu steigen und das Gewicht ihrer Stimme in die politische Waagschale zu werfen. In gespannter Erwartung harret jetzt das deutsche Volk des Ergebnisses der Wahlen vom 19. Januar. Dieser Wahltag wird die Entscheidung darüber bringen, ob die verfassungsgebende Versammlung des neuen Deutschen Reiches eine sozialistische oder eine bürgerliche Mehrheit aufweisen wird; er wird uns wissen lassen, ob trotz der Revolution der Sozialdemokratie das Bürgertum genügend Kraft bewahrt hat, um das Reich mit seinem Geiste zu erfüllen. Der Ausfall der Wahlen zu den Landtagen in Süddeutschland berechtigt zu der Erwartung, daß die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie am 19. Januar schlagen wird, berechtigt uns aber auch zu der Hoffnung, daß unsere Zentrumspartei siegreich aus den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung hervorgehen wird. Die Ereignisse seit Ausbruch der Revolution haben den Kredit der Sozialdemokratie in weiten Kreisen untergraben, denn sie hat als Trägerin der Revolution auch die ganze Verantwortung für das Unglück und Elend übernommen, das infolge dieser Revolution über das deutsche Volk gekommen ist. Das tragische Verhängnis, das darin liegt, daß die alte Sozialdemokratie sich im Interesse der Verteidigung des nackten Lebens des deutschen Volkes gezwungen sah, im Blute zu erstickend, was sie in der Vergangenheit immer als unauflösbliche Fessel ihres Sieges verkündet hatte und was Spartakus jetzt zu erhalten verlangt, hat viele, die bislang in der Sozialdemokratie die Retterin aus der Not erblickten, die Augen geöffnet. Die Sozialdemokratie schien stark und groß, solange sie ihren Gläubigen große Versprechungen machen konnte, ohne vor die Notwendigkeit ihrer Einlösung gestellt zu sein; sie erwies sich als schwach und unzulänglich, als sie, sogar durch eignen Willen, sich vor die Aufgabe gestellt sah, das deutsche Volk in schwerer Zeit zu regieren. Gewiß wäre diese Aufgabe für keine Partei leicht gewesen, keine wäre indes in gleichem Maße wie die Sozialdemokratie genötigt gewesen, mit ihrer Vergangenheit zu brechen, um den dringlichsten Erfordernissen des deutschen Volkes Genüge tun zu können. Der ruhig denkende Arbeiter muß heute erkennen, daß alle Erlaubnis von der Sozialdemokratie erhobenen Forderungen, die wirklich durchführbar erscheinen, auch schon immer vom demokratischen Zentrum vertreten worden sind. Das Zentrum als eine christliche Volkspartei hat sich in wahrhaft sozialer Gesinnung von der Sozialdemokratie nie übertreffen lassen, hat aber die Sozialdemokratie in tatkräftiger sozialer Arbeit bislang immer übertroffen, weil es sich nicht auf den Standpunkt der Sozialdemokratie gestellt hat, daß die auf sozialpolitischem Gebiet erzielten Fortschritte nur „Wettlauf“ seien, die der Arbeiter verwerfen müsse, sondern Schritt für Schritt dem Arbeiter sein Recht erobert und gesichert hat. Wenn das deutsche Volk aus der Vergangenheit und besonders aus der Geschichte dieser Revolution gelernt hat, dann zählt es am 19. Januar dem Zentrum die Treue, mit der es stets das Wohl aller Volkskreise vertreten und gefördert hat, und rechnet zugleich mit der Sozialdemokratie ab, die sich wahrlich kein Anrecht auf den Gang des

deutschen Volkes erworben hat. Wenn der „Vomwärts“ meint, daß „die Ergebnisse des 19. Januar vielleicht hinter all zu hoch gespannten Hoffnungen zurückbleiben könnten“, so spricht aus dieser Befürchtung offenbar ein schädesches Gewissen und eine bittere Enttäuschung über das Ergebnis der Wahlen in Süddeutschland. Wir müssen dafür sorgen, daß sich die sozialdemokratische Enttäuschung in lähmenden Schreden verwandelt.

Die neuen Steuergesetze.

Mit dem kürzlich in seinen Grundzügen bekanntgegebenen Steuerprogramm der Reichsregierung werden namentlich zwei außerordentliche Kriegsabgaben für das Jahr 1919. Es handelt sich hierbei, von einigen Abweichungen abgesehen, um eine Wiederholung der Kriegsabgabe, wie sie für das Rechnungsjahr 1918 zur Erhebung gelangt. Das Gesetz zerfällt in zwei Hauptteile: 1. in die Abgabepflicht der Einzelpersonen und 2. in die Abgabepflicht der Gesellschaften. Die Einzelpersonen sollen eine Abgabe vom Mehreinkommen und — vorausgesetzt, daß nicht eine große einmalige Vermögensabgabe kommt — vom Vermögen zahlen. Mehreinkommen ist der Betrag, um den das Kriegseinkommen höher ist als das Friedeenseinkommen. Als Kriegseinkommen gilt das steuerpflichtige Jahreseinkommen, mit dem der Abgabepflichtige bei der Jahresveranlagung für das Rechnungsjahr 1919 zur Einkommensteuer veranlagt ist oder veranlagt wird. Als Friedeenseinkommen gilt das allgemeine das Einkommen im Steuerjahr 1914. Beträge bis 3000 M. bleiben steuerfrei. War das veranlagte Einkommen vor dem Kriege niedriger als 10 000 M., so gilt als Friedeenseinkommen der Betrag von 10 000 M. Die Abgabe vom Mehreinkommen beträgt für die ersten 10 000 M. des abgabepflichtigen Mehreinkommens 5 Prozent, für die nächsten angefangenen oder vollen 10 000 M. 10 Prozent, für 30 000 M. 20 Prozent, für 50 000 M. 30 Prozent, für 100 000 M. 40 Prozent, für die weiteren Beträge 50 Prozent. Der höchste Abgabefuß von 50 Prozent würde also für den Teil des Mehreinkommens Platz greifen, der über 200 000 M. hinausgeht. Die Abgabe vom Vermögen wird nur erhoben bei Vermögensbeträgen von mehr als 100 000 M. Sie beträgt für die ersten 200 000 Mark 1 vom Tausend, für die nächsten angefangenen oder vollen 200 000 M. 2 vom Tausend, für 500 000 M. 3 vom Tausend, für 1 000 000 M. 4 vom Tausend, für die weiteren 5 vom Tausend. Maßgebend für das steuerpflichtige Vermögen ist im allgemeinen der Vermögensstand vom 31. Dezember 1918. Gegenstand der Kriegsbesteuerung der Gesellschaften ist der Mehrgewinn des künftigen Kriegsgeschäftsjahres. Während nach dem Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 die höchste Abgabe der Gesellschaften vom Mehrgewinn 60 Prozent betrug, ist sie in dem Entwurf für 1919 mit 80 Prozent vorgesehen, und zwar ist die Stoffelung der Abgabe bei dem Mehrgewinn begrenzt. Alle Mehrgewinne über 1 000 000 Mark zahlen 80 Prozent Kriegssteuer; für geringere Gewinne sind Ermäßigungen um 10—50 Prozent vorgesehen. Die Mehrgewinnsteuer des Reiches einschließlich der Staats- und Gemeindesteuer soll aber in jedem Falle nicht über 90 Prozent hinausgehen.

Während der Gesetzentwurf über eine außerordentliche Vermögensabgabe eine Belastung des Mehreinkommens bezw. des Vermögens der Einzelpersonen und des Mehrgewinns der Gesellschaften vorzieht, bringt ein zweiter Gesetzentwurf

eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, und zwar von dem Vermögenszuwachs, der in der Zeit vom 31. Dezember 1918 bis zum 31. Dezember 1918 eingetreten ist. Es wird also namentlich noch einmal, und zwar jetzt der ganze Zeitraum vom 31. Dezember 1918 bis 31. Dezember 1918 erfaßt, doch wird die auf Grund der bereits beschriebenen Kriegsteuergesetze erhobene bzw. vorgesehene Steuer von dem auf Grund des neuen Gesetzes zahlungspflichtigen Betrag im Abzug gebracht. Abgabepflichtig sind mit dem gesamten steuerbaren Vermögen im wesentlichen 1. die Angehörigen des Deutschen Reiches mit Ausnahme derer, die sich mindestens seit dem 1. Januar 1914 im Auslande aufhalten, ohne einen Wohnsitz im Deutschen Reich zu haben; 2. Ausländer, wenn sie im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder ihren dauernden Aufenthalt haben. Abgabepflichtig sind ferner mit dem Zuwachs an dem inländischen Grundvermögen und Betriebsvermögen alle natürlichen Personen ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt. Für die Berechnung des Vermögensstandes vom 31. Dezember 1918 ist das für die Berechnung des Beitrags festgestellte Vermögen maßgebend. Die Berechnung des Vermögensstandes vom 31. Dezember 1918 geschieht nach Maßgabe des Vermögensgesetzes, wobei aber wesentliche Abweichungen zu berücksichtigen sind. Die besonderen Abzugsrechte betreffen u. a. zunächst sogenannte Erwerbungen von Todeswegen. Jeder durch Erbschaft, durch Vermächtnis, durch Anfall eines Lebens, Stammgutes oder Fideikommisses erworbene Vermögenszuwachs soll grundsätzlich steuerfrei bleiben, darf also von dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1918 in Abzug gebracht werden. Von dem Endvermögen ist ferner u. a. abzuziehen der am 31. Dezember 1918 festgestellte Kapitalwert der auf dem Vermögen des Abgabepflichtigen ruhenden, auf die Lebenszeit einer bestimmten Person beschränkten Leistungen, wenn diese innerhalb der Zeit vom 31. Dezember 1918 bis 31. Dezember 1918 gestorben ist. Dem auf den 31. Dezember 1918 festgestellten Vermögen sind hinzuzurechnen u. a. Erwerbungen und sonstige Vermögensübergaben. Es erweist sich also, zumal da auf eine verbriefte Auskunftsfrist der Natur und Gestalt hinwirken werden wird, also praktisch, wenn u. a. Eltern, um dadurch zu niedrigeren Steuerfüßen zu kommen, Vermögensanteile an ihre Kinder veräußern. Dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1918 sind auch zu rechnen die Beträge, die im Veranlagungszeitraum zu Einkommen jeder Art verwendet worden sind, soweit sie insgesamt 10 000 M. übersteigen. Was die Höhe der Kriegsabgabe betrifft, die nur von dem Betrag von 3000 M. übersteigenden Vermögenszuwachs erhoben wird, sei folgendes bemerkt: Die Kriegsabgabe beträgt: für die ersten angefangenen oder vollen 10 000 M. des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 10 Prozent; für die nächsten angefangenen oder vollen 10 000 M. 15 Prozent, für die nächsten angefangenen oder vollen 20 000 M. 30 Prozent, für die nächsten 50 000 Mark 40 Prozent für die nächsten 100 000 M. 50 Prozent, für die nächsten 200 000 M. 60 Prozent, für die nächsten 200 000 M. 80 Prozent, für die weiteren Beträge 100 Prozent des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses. Es wird nach diesen Abgabefüßen jeder über 199 500 M. hinausgehende abgabepflichtige Vermögenszuwachs völlig versteuert und es kann somit niemand nach Erfüllung der Abgabepflicht von dem abgabepflichtigen Vermögenszuwachs mehr als 199 500 M. zurückbehalten.

Drei graue Ketter

Ein Roman in Feldpostbriefen von **ANNY WOTHO**.
Amerikanisches Copyright 1917 by
Anny Wotho-Mahn, Leipzig.
Nachdruck verboten.

(32. Fortsetzung.)

Es ist wahr, daß ich Ihnen auswich. Ich wollte keine Ausrede, weil ich meinen Kopf brauchte, um aufrecht in diesem Kampfe zu stehen. Kein Mann sollte mich überwinden — ich wollte frei sein!

Es war wohl eine törichte Mädchenlaune, eine Art Größenwahn, der sich darin gefiel, das eigene kleine Ich immer in den Vordergrund aller Interessen zu stellen.

Man hatte mich zu Hause verhöhnt und verzogen. Sie hatte ich, straffe Bügel kennen gelernt, und Sie, der sie mir — wie ich weinte — anlegen wollte, erschienen mir geradezu als Feind. Und diese Feindschaft ist mit den Jahren gewachsen, weil ich Furcht hatte vor Ihnen und vor mir selbst.

Auf die Standesvorurteile möchte ich hier nicht weiter eingehen. Es kommt mir zu kleinlich und lächerlich vor in einer Zeit wie der jetzigen, wo nur der Mann gilt, der etwas leisten kann.

Im übrigen können Sie ja darüber denken, wie Sie wollen.

Und da ich fühlte, daß es Ihnen gegenüber kein Entkommen gab, floh ich entsetzt aus Ihrer zwingenden Nähe. Ich wollte nicht Ihre Frau werden. Ich hatte eine so entsetzliche Angst vor dieser Möglichkeit, weil ich fühlte, daß ich in Ihrer Hand aufgeben mußte, was mir sonst eigen war.

Ihr Geschöpf sollte ich sein, nicht mehr ich, mit meinem starken Eigensinn, meinen Launen und tollen Wünschen. Sie hatten mir oft genug Ihr Eheprogramm entwickelt, und ich hatte dazu gelacht.

Nun es aber damit auf mich abgesehen war, floh ich davon.

Meine Liebe war eben zu klein, um nur zu geben — sie forderte bloß!

Da auch der Verkehr zwischen unseren Familien aufgehört hat, was mir und uns allen sehr schmerzlich ist, da alle, selbst Vater, Antje vermissen, brauchen wir ja kaum zu fürchten, uns wieder zu begegnen. Sollte es auf der Heide — uns dennoch nicht erpart werden, so gebe ich wieder meinem Kenner die Sporen und sehe unbedenklich über alle Hindernisse, um Ihnen zu entkommen. Ich weiß ja, daß Sie mir nicht folgen werden und daß damals meine Angst vor Ihnen töricht war.

Im Krankenhaus tat ich nur meine Pflicht gegen Sie, wie bei jedem anderen der Verwundeten. Die „zitternde Angst“, die Sie in meinen Augen gelesen haben wollen, war vielleicht die Folge Ihres Wundfiebers.

Ich habe keine Angst mehr, nun mich nichts mehr treffen kann. Heide von Blessen.

Rittmeister **Dennhart von Lüderitz** an
Zisabe von Blessen.
Argonnen, Johannistag 1916.

Berehrte gnädige Frau!

Meine flüchtigen Zeilen, die ich Ihnen auf Ihren letzten Brief sandte, werden Sie erhalten haben und daraus am besten meine Stimmung erkennen. Ich konnte mich nicht eher aufrufen, Ihnen eingehend zu schreiben, weil mich Ihr Brief zu tief, bis in das innerste Herz hinein, getroffen hatte.

Also Adieu von Blessens Braut!

Wird mir da eigentlich etwas anderes übrig, als Ihnen zu sagen: „Biel Glück, meine gnädige Frau,“ und still hinaus in die Nacht reiten, um nie wiederzukehren?

Aber ich will es nicht. Ich will nicht lassen, was mir hier so hold im Garaus der Schlachten erblickte, ehe ich nicht ausgesprochen habe, was mir die Seele durchglüht.

Ich ging heute, als der Tag erwachte, durch unser zerfallenes Dorf, wo wir augenblicklich in Anstellung liegen. Auf einer kleinen Anhöhe stand ehemals die Kirche. Nur wüste Trümmer gaben noch Kunde von ihrem Sein — die zerstörte Orgel und ein durchlöcherter Muttergottesbild ragten aus Schutt und Gestein wie klagend in den blauen

Sommerhimmel und auf aufgewühlte Gräber mit verwitterten Steinen.

Johannistag, der Tag der Rosen, Sommerferien werde. Und es war mir, als ob sichtbare Hände die Orgel spielten, als der Morgenwind über die zerstörte Kirche ging, und in meiner Seele brauste es auf wie ein Chor.

Die roten Rosen auf den Gräbern brannten heiß wie Feuer. Eine habe ich gepflückt, teuerste Frau, und ich sende sie Ihnen. Die Toten werden es mir vergeihen.

Vielleicht wird die Rose für mich sprechen und Ihnen anvertrauen, was ich Ihnen nicht so sagen darf, wie ich es möchte — weil Sie es nicht wollen.

Nicht, weil Sie des anderen Braut sind, schweige ich, denn ich weiß, das Sie das Sie an Ihren Verlobten bindet, ist zu late schwört sondern nicht, ich Sie schon, möchte.

Darum schwieg ich auch, als wir beide zusammen durch die märkische Heide wanderten, als ich Sie über die blaue Sabel fuhr und wir im Garten von Rosenhagen unter den blühenden Apfelbäumen saßen, die Blütenpracht in Ihre Haar streuten.

Ich wollte Ihnen Zeit lassen, die Wunden zu schließen, die Ihnen das Schicksal geschlagen. Ganz leise und still sollte in Ihrem Herzen reifen, was für mich der Inbegriff aller Seligkeit gewesen: die große, hingebende, alles umfassende Liebe.

Es war ein Traum, meine gnädigste Frau, geträumt von einem, der eigentlich wissen mußte, daß das Leben keine Rosen für ihn bereit hielt.

Wenn ich meinem Herzen folgte, so eilte ich jetzt zu Ihnen und forderte Sie mit dem Recht meiner Liebe für mich und meinen Jungen — ich kämpfte um die Frau, die mit ihrem holden Hauber mein vereinfachtes Herz in tausend Banden hält. Aber ich bin zu stolz, zu fordern und zu nehmen, wo mir nicht freiwillig gegeben wird, und ich möchte Ihnen auch Kämpfe ersparen, denen Sie in Ihrer Zartheit, teuerste, geliebteste Frau, nicht gewachsen sind.

(Schlußwort folgt)

Soeben erschien in unserm Verlage die Broschüre „Offener Brief an den Herrn Volksbeauftragten Buck“

von Dr. theol. Paul Rentschla.

Dieses Schriftchen wird im Kampf um die christliche Schule und im Wahlkampf für die Landtagswahlen gute Dienste leisten.

Dritte verbesserte, stark vermehrte Auflage.

Einzelpreis 25 Pfg., 100 Stück 20 Mk., 1000 Stück 150 Mk.

Bestellungen erbittet:

Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H.

Einzeleremplare bei Trümper, Schöffergasse, und bei Bedt (Schmidt), Schloßstraße 5a, Dresden.

Deutsche Volkspartei.

Große Versammlung

Sonnabend, den 18. Januar 1919, nachmittags 4 Uhr im Albert-Theater.

- Redner: 1. Pfarrer Reßler, 2. Dr. C. Lotte Schurig, 3. Staatsminister a. D. Dr. Heinze.

Einlaß nur gegen Karten, die in der Geschäftsstelle Reitbahnstr. 32, Freitag zwischen 10 bis 12 und 3 bis 6 Uhr und Sonnabends von 9 bis 12 Uhr zu haben sind.

Deutscher Reichsverein in der Deutschen Volkspartei.

Deutsche Volkspartei.

Große öffentliche Versammlung Jugendl. Wähler u. Wählerinnen!

Sonnabend, 18. Januar 1919, abends 7 Uhr im Gewerbehaus.

Redner: Hr. Dr. Hübler Herr Dr. Cunyrs.

Anschließend: Freie Aussprache.

Jedermann, insbesondere die Jugend, ist dringend eingeladen.

Dresdener Reichsverein der Deutschen Volkspartei.

Verlobungs-Verählungs-Visitenkarten liefert schnell u. preiswert Saxonia-Buchdruckerei G.m.b.H. Dresden-A., Halberstraße 46.

Bei dieser Anzeige bei der Aufnahme abgibt, erh. 12 Stabnett 1 Person von 6.50 an. Broschen und Anhänger, Schlippsadeln mit Bild, Serviettenfaltungen nach alten verbliebenen Bildern. Postkarten mit Photographie.

Bergvergrößerungen, Spezialität: Kinderaufnahmen Richard Zählig, Photograph, Dresden-N., Marienstr. 12.

Bohnenkaffee, Pfund Mk. 28,50, Kernseife, 1 Kiesel, 1/2 Pfund, Mk. 8,60, Bestellung nimmt entgegen:

H. Kirsten, Kamenz i. Sa., Nordstr. 26

Die deutschen Katholiken und die neue Zeit.

Vortragskizzen

im Auftrage des Aktionskomitees des kath. Klerus zu Dresden herausgegeben von Dr. J. Negwer, Dr. W. Otto und Dr. F. X. Seppelt.

- Heft 1: Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Von Dr. Otto. Heft 2: Das Problem der Trennung von Staat und Kirche und die Stellung der deutschen Katholiken zu demselben. Von Professor Dr. F. X. Seppelt. Heft 3: Trennung von Schule und Kirche? Von Dr. Negwer. Heft 4: Vorsehung und Völkerschicksale. Von P. Otto Gehausz S. J. Heft 5/6: Grundriss zum Programm des Zentrums als einer christlich-demokratischen Volkspartei. Von Dr. G. Schultemann. Heft 7: Freiheit für unsere Orden. Von Konfitorialassessor Dr. Oskar Pollat.

Preis jeden Heftes 50 Pfg., portofrei zugesandt 55 Pfg., des Doppelheftes 5/6 1 Mk., portofrei 1 Mk. 10 Pfg.

Sämtliche Hefte sind durch die Geschäftsstelle der „Sächs. Volkszeitung“ zu beziehen u. bitten wir um Bestellung nach Holbeinstr. 46.

Fleisch-Ausgabe an die verehrl. Kundschaft erfolgt bis auf weiteres nur Sonnabends.

Neue Markonanmeldungen rechtzeitig erbeten.

Curt Mertzsching Dresden, Wittenberger Str. 79

Berufs-Vorbildung Ostern 1919 = 54. Schuljahr

- I. Tagesvollschule - Lehrerschule f. Pflichtschüler II. A. Handelswissenschaftliche Kurse für männliche und weibliche Besucher B. Vorbereitung für Amtsprüfungen III. Privatkurse Kleinschule Handels- und höhere Fortbildungsschule Dresden A V, Moritzstraße 3 - Fernsprecher 5 0913

Stadt-Café am Zwinger und Postplatz Inhaber: O. Hofmann

Möbl. Zimmer

für 1. März von einem Herrn gesucht. Angebote unter „O. N. 4200“ an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Größerer Kinder. Haushalt a. d. Lande, Nähe Chemnitz sucht für sofort oder 1. Febr. gewandtes, williges Mädchen

das sich jeder Arbeit unterzieht. Angebote unter O. N. 4251 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Grosse Auswahl

feinster Parfümerien, Haarwasser, Zahnpasta usw. in eleganter Präsent-Aufmachung biete ich dem geschätzten Publikum in meinem

Stadtgeschäft Seestrasse 19

Hermann Schöbel, Parfümeriefabrik - gegr. 1888. Eisenstraße 68-70.

Dresdener Lehranstalt für Musik

Lehrer Organist Paul Walde. Dresden-Kleiststr. 25. Fachschule für alle Zweige der Tonkunst für Horn und Bass. Vorbereitung und Ausbildungsschule (Grund-, Mittel-, Oberstufe) Aufnahme von Musikschülern für Klavier, Orgel, Harmonium, Streich- und Blasinstrumente, Gesang, Laute, Mandoline u. s. w. Theorie, Kammermusik, Musikgeschichte, Dirigierung, Kirchenmusik u. s. w. Schüler-Orchester- und Chorklassen. Musikwissenschaftliche Vorlesungen, Komponisten-Abende, Schüler-Vortragsübungen und öffentl. Aufführungen. Eintritt jederzeit. Anmelde- wochentags 8-7 Uhr

Handels- und Sprachkurse Stadthaus Johannstadt

Direktion: Frau Irene Karnatz, Dresden, Blumenstr. 2, I. Fernsprecher 27468. Gründliche Ausbildung in allen kaufmännischen Fächern Ausbildung zur Gütesekretärin. Kurse in Vermögensverwaltung. Kaufmännische Sonderkurse für junge Damen mit höherer Töchter-schulbildung beginnen am 1. Januar 1919.



C. Feinler's shop advertisement with contact information and list of goods.

Die armen Kinder des oberen sächsischen Erzgebirges

bitten mit Erlaubnis ihres Bischofs um eine Gabe zur Gründung einer Kommunitantenherberge. In der sächsisch-böhmischen Grenze der Pfarrei gehen sehr viele Kinder katholischer Eltern der kath. Religion verloren. Manche haben bis zum 12. und 13. Jahre noch keinen kath. Gottesdienst gesehen. Alle 200 kath. Kinder der Unterichtsstationen in Oberwiesenthal, Hammerunterwiesenthal, Bärenstein und Jöhstadt müssen protestantische Schulen besuchen. Die Gründung einer Kommunitantenherberge ist einer katholischen Lehrperson ist ein dringendes Bedürfnis. Bald beginnt auch der Komunitantenunterricht, und es muß für oft stundenweit entfernt wohnende Kinder für Nahrung und Quartier gesorgt werden. Die Kerna der Pfarre Kinder zwingt zu dieser Bitte. Der göttliche Kinderfreund will den Barmherzigen mit Barmherzigkeit vergelten.

Das röm.-kath. Pfarramt Annaberg i. E. Postfach 8822 Leipzig.

Strümpfe

Lager in Strumpfwaren, Trikotagen. Mechanische Strickeroll. Gek. Kühler, Strumpfwirk-Matr. Dresden, Alaunstr. 14.

Theater advertisement for Tymbians Thalia Theater with showtimes and ticket prices.

